V-15 Endlich Psychotherapie für alle!

Antragsteller*in: Moritz Wiechern (KV Berlin-Reinickendorf)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Die vielfältigen Krisen unserer Zeit fordern uns in vielerlei Hinsicht, aber vorallem auch mit Blick auf eine ihrer Auswirkungen: die psychische Gesundheit der Bevölkerung leidet enorm unter der von ihnen ausgelösten Dauerbelastung! Egal ob jung oder alt, der Bedarf nach psychologischer Hilfe steigt stetig. Aber das Problem ist in keinster Weise neu: Der Mangel an Kassensitzen für Psychotherapeut*innen ist seit Jahren ein Problem und wir müssen endlich handeln! Die WHO Special Initiative for Mental Health läuft nur noch bis 2023. Auch deshalb sollte sich Deutschland als größter staatlicher WHO-Support seiner Rolle im Bereich der psychischen Gesundheit bewusst sein.

Es ist wichtig gewesen, dass wir uns dieses Thema ins Wahlprogramm geschrieben und es auch so weit gebracht haben, dass es im Koalitionsvertrag steht, aber bisher wirkliches passiert ist wenig. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: nach einem Bericht der Deutschen Psychotherapeutenkammer ist die Menge der Anfragen von Januar 2020 bis Januar 2021 um ca. 40% gestiegen.
(https://www.dptv.de/fileadmin/Redaktion/Bilder_und_Dokumente/Wissensdatenbank_oeffentlich/Report_Psychotherapie/DPtV_Report_Psychotherapie_2021.pdf)

Wir fordern:

- eine deutliche Erhöhung der Anzahl der verfügbaren Kassensitze für Psychotherapeut*innen, denn der Bedarf an mehr Psychotherapieplätzen ist seit Jahrzenten gegeben und hat sich über die letzten Jahre weiter zugespitzt.
- ein deutlich erhöhtes Tempo, um mehr psychisch kranken Menschen so schnell wie möglich die Behandlung zu bieten, die sie brauchen. Insbesondere die Vermittlung von Psychotherapieplätze muss deutlich beschleunigt und vereinfacht werden, bspw. durch die Schaffung einer zentralen Vermittlungsstelle für Psychotherapieplätze. Als Vorbild hierfür könnten die Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen dienen.
- die Zugänglichkeit von Psychotherapiestunden für Geflüchtete deutlich zu verbessern und Therapieplätze in verschiedenen Sprachen anzubieten. Insbesondere Menschen die aus Kriegsgebieten geflohen sind leiden häufig unter Kriegs- und/oder Fluchttraumata bei deren Bewältigung sie Unterstützung benötigen.
- eine sofortige Aufhebung einer Maximalgrenze an Psychotherapiestunden, denn diese ist hinderlich um eine effektive und individuelle Behandlung zu bieten.

- die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen weiter konsequent und unter Nutzung verschiedener Kommunikationskanäle voranzutreiben. Insbesondere den Ausbau der entsprechenden Bildungsarbeit sehen wir als einen wichtigen Teilaspekt bei der Erreichung dieses Ziels. So gilt es speziell Lehrkräfte entsprechend weiterzubilden um sie zu befähigen im Rahmen des schulischen Unterrichts an der Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen mitzuwirken.

- die finanzielle und pädagogische Sicherung und Ausweitung von Studienplätzen (Bachelor sowie Master) für eine nachhaltige Nachwuchsförderung, die einer bedarfsgerechten langfristigen Versorgung entspricht. Dabei sollen vor allem Studierende durch die Flexibilisierung von Regelstudienzeiten und Leistungnachweisen bundesweit entlastet werden.

Unser Ziel muss es sein, dass psychischen Beschwerden genauso wenig ein gesellschaftliches Stigma anhängt als dies bei körperlichen Leiden der Fall ist und dass ein Besuch beim Psychotherapeuten bei psychischen Beschwerden genauso akzeptiert ist wie der Besuch der/des Hausärtzt:in bei physischen Leiden. Entsprechend kann es auch nicht Sein, dass Menschen die in der Vergangenheit eine psychotherapeutische Behandlung durchlaufen deswegen Nachteile in ihrem weiterem beruflichen Werdegang entstehen, bspw. wenn sie zu einem späterem Zeitpunkt eine Verbeamtung anstreben sollten.

weitere Antragsteller*innen

Paul Heimhuber (KV Berlin-Reinickendorf); Peter Windsheimer (KV Berlin-Reinickendorf); Paul Widdra (KV Berlin-Pankow); Max Lüders (KV München-Land); Lilly Aepfelbach (KV Berlin-Reinickendorf); Annika Heidenreich (KV Berlin-Reinickendorf); Sofie Gärtner (KV Berlin-Pankow); Aron Hävernick (KV Berlin-Pankow); Rosalie Ost (KV Berlin-Pankow); Günes Jülide Keskin (KV Berlin-Reinickendorf); Arne Babenhauserheide (KV Karlsruhe-Land); Philipp Läufer (KV Berlin-Mitte); Mara von Streit (KV Potsdam-Mittelmark); Niklas Geßner (KV Solingen); Emma Lou Unser (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Mario Dietel (KV Hohenlohe); Mathias Adelhoefer (KV Berlin-Reinickendorf); Lukas Römer (KV Berlin-Mitte); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.